

1 Leitantrag des FDP-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen
2 für den Landesparteitag am 8. November 2008 in Düsseldorf

3
4 Einstimmiger Beschluss des Landesvorstandes vom 13. Oktober 2008

5 6 **Nordrhein-Westfalen - auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 1**

7 8 **I. Prinzipien liberaler Bildungspolitik**

9
10 Bildung entscheidet gleichermaßen über die Lebenschancen jedes Einzelnen wie über die
11 Wohlfahrt unserer Gesellschaft insgesamt: Sie ist die Voraussetzung für den individuellen sozialen
12 Aufstieg und Erfolgsfaktor unserer Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb. Deshalb ist Bildung für
13 die FDP ein **Bürgerrecht**. Sie hat für uns **politische und finanzielle Priorität**. Wir wollen
14 Nordrhein-Westfalen bis 2015 zum **Bildungsland Nr. 1 in Deutschland** machen: Von der
15 frühkindlichen Bildung, über Schule und Berufsausbildung bis hin zum Hochschulwesen und zur
16 Weiterbildung wollen wir uns mit den besten Ländern messen.

17
18 Ziel liberaler Bildungspolitik ist der **aufgeklärte Bürger**, der seine Freiheit lebt und als Individuum
19 **Verantwortung** für sich und andere übernimmt. Dieses Ideal hat praktische **Lebenstüchtigkeit** im
20 Alltag, die bestmögliche **Qualifikation** für das Erwerbsleben und die emanzipierte **Teilhabe an**
21 **sozialen und kulturellen Gütern** als untrennbare und aufeinander aufbauende Voraussetzungen.
22 Jedem Menschen unabhängig von seiner sozialen Herkunft eine in diesem Sinne ganzheitliche
23 Persönlichkeitsentwicklung zu eröffnen, ist gleichermaßen Ziel wie Herausforderung liberaler
24 Bildungspolitik. Liberale akzeptieren dabei allerdings die Tatsache, dass Menschen sich auch
25 durch ihre Natur in der Leistungsfähigkeit sowie aufgrund ihrer eigenen Entscheidungen
26 hinsichtlich ihrer Leistungsbereitschaft, ihren Bedürfnissen und Lebenszielen unterscheiden.
27 Folglich kann keine Bildungsbiographie wie die andere sein. Unsere Bildungspolitik ist deshalb
28 vom Kindergarten über die Schule bis zur Hochschule auf einem verpflichtenden Fundament
29 aufgebaut und flankiert von den Prinzipien der **Wahlfreiheit** und der **Individualität**.

30
31 Liberale verteidigen die **Wahlfreiheit der Eltern**, über die Grundrichtung der Erziehung und die
32 Bildungsbiographie ihrer Kinder zu entscheiden, solange diese noch nicht selbst mündig sind. Die
33 Voraussetzung ist ein plurales Angebot an Bildungseinrichtungen mit unterschiedlichen Profilen für
34 alle Altersstufen. Wahlfreiheit findet aber ihre Grenzen im Recht des Kindes auf die bestmögliche
35 Entwicklung seiner Anlagen. Ferner sind die objektiven Eingangsvoraussetzungen
36 begabungsgerechter Bildungsgänge zu berücksichtigen und die öffentlichen Mittel in der für alle
37 bildungsökonomisch effizientesten Weise einzusetzen. Das Elternrecht findet seine Entsprechung
38 im Übrigen in der rechtlichen und ethischen Verantwortung, die Entwicklung ihres Kindes in der
39 Familie bestmöglich zu unterstützen. Öffentliche Bildung kann über den gesetzlichen Pflichtkanon
40 hinaus die Förderung im privaten Rahmen immer nur ergänzen und anregen, nie aber ersetzen.

41
42 Individuelles **Fördern und Fordern** sind in einem Bildungssystem keine Frage von Strukturen,
43 sondern von Qualitäten. Sie setzt stabile persönliche Beziehungen zwischen Lernenden und
44 Lehrenden voraus. Sie braucht engagierte Erzieher, Lehrer und Dozenten, die als Persönlichkeiten
45 neben fachlichen Kenntnissen hinaus **Werte** vermitteln und deshalb die Anerkennung der
46 Gesellschaft verdient haben. Sie gelingt ferner nur in einem Umfeld, das Aufmerksamkeit und
47 Zuwendung für den Einzelnen in der Gruppe aller Lernenden sichert. Auch die Differenzierung in
48 Alters- und Leistungsstufen dient diesem Ziel, weil sie die zur Überbrückung der Unterschiede in
49 Lerngruppen notwendige Energie der Lehrenden reduziert. Dazu darf sie allerdings nicht so
50 verfestigt werden, dass Einzelnen Aufstiegsmöglichkeiten genommen werden.

51
52 Aus Individualität und Wahlfreiheit folgt notwendig die **Autonomie** der Bildungseinrichtungen in
53 finanziellen, personellen und organisatorischen Belangen. Durch sie kann den Eltern eine
54 fachliche Profilierung des Bildungsganges angeboten werden, um Kinder unabhängig von ihrer

1 sozialen Herkunft entsprechend ihrer individuellen Begabung zu fördern. Liberale begrüßen
2 unterschiedliche pädagogische Konzepte in Verbindung mit **Transparenz** über Methoden und
3 Ergebnisse. Der so entstehende **Wettbewerb** zwischen Bildungseinrichtungen sichert **Qualität**
4 und stärkt die Wahlfreiheit der Eltern. Stärker autonome Bildungseinrichtungen brauchen
5 allerdings zur Sicherung von Qualität, Vergleichbarkeit und Sicherung bester Bildungschancen in
6 allen Landesteilen sowie für eine Freizügigkeit in Land wie Bund einen **staatlichen**
7 **Ordnungsrahmen**.

8
9 Als Liberale beteiligen wir uns nicht an ideologischen Grundsatzdebatten, Gutachterschlachten
10 und bildungspolitischen Experimenten zu Lasten von Kindern und Jugendlichen. Wir setzen auf
11 pragmatische Lösungen zur Verbesserung der Bildungsqualität und berücksichtigen
12 Erfahrungswerte aus der Praxis.

13
14 Auf der Basis dieser Prinzipien will die FDP Kindern und Jugendlichen die Werte unserer
15 Gesellschaft auf der Grundlage unserer Verfassung, Lebenstüchtigkeit im Alltag, Qualifikationen
16 für ihr Berufsleben und den emanzipierten Umgang mit kulturellen Gütern vermitteln. Unser
17 Anspruch ist, allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die Chance zur Entfaltung ihrer
18 Talente zu eröffnen und sie zu individueller Leistung wie zu gesellschaftlicher Verantwortung zu
19 motivieren. Die FDP ist Partner der Eltern, die ein auch im Alltag verlässliches und **qualitativ**
20 **hochwertiges Bildungssystem** fordern, das ihren Kindern vielfältige Optionen für die Zukunft
21 eröffnet. Die FDP ist Partner der Lehrerinnen und Lehrer, deren Engagement und Verantwortung
22 für die Zukunft nicht hoch genug bewertet werden kann. Die FDP ist Partner der Kommunen wie
23 der privaten Schulträger, die Unterstützung brauchen, um auch in Zeiten eines demographischen
24 und sozio-technischen Wandels leistungsfähige regionale Bildungslandschaften zu sichern.

25 26 **II. Perspektiven liberaler Bildungspolitik**

27
28 In Nordrhein-Westfalen hat die FDP seit der Übernahme der Regierungsverantwortung von Rot-
29 Grün auf der Basis dieser Grundüberzeugungen bereits eine **Trendwende** erreicht: Es ist uns
30 gelungen, wieder Vertrauen in ein leistungsfähiges Bildungssystem aufzubauen. Die schulische
31 Qualitätsoffensive mit einer Fokussierung auf individuelle Förderung, verlässlich erteilten
32 Unterricht, massiven Ausbau von Ganztagsangeboten für alle Schulformen und unterlegt mit rund
33 7.000 zusätzlichen Lehrerstellen wird die FDP weiterführen.

34
35 In Konkretisierung des Beschlusses des FDP-Landesparteitags vom 19. April 2008 formulieren wir
36 folgende Perspektiven liberaler Bildungspolitik:

37 38 **1. Mehr Ressourcen für mehr Bildungsqualität**

39
40 Im kommenden Jahrzehnt werden die Zahlen der Kinder im Kindergarten und der Schülerinnen
41 und Schüler deutlich zurückgehen. Der demographische Wandel sorgt dafür, dass in der nächsten
42 Legislaturperiode landesweit rund 10 Prozent weniger Schüler unsere Bildungseinrichtungen
43 besuchen. Dadurch werden Ressourcen frei. Diese so genannten „Demographiegewinne“ wollen
44 die Freien Demokraten wie bereits in der laufenden Legislaturperiode im System erhalten, um die
45 Bildungsqualität weiter zu verbessern.

46
47 Darüber hinaus werden wir weitere Anstrengungen zur personellen Ausstattung der Schulen
48 unternehmen. Die FDP hatte in ihrem Programm zur Landtagswahl 2005 die Schaffung von 8.000
49 zusätzlichen Lehrerstellen für notwendig erachtet, die Union wollte 4.000 Stellen bereitstellen, die
50 rot-grüne Koalition dagegen 16.000 Stellen streichen. Zum Ende der Legislaturperiode im Jahr
51 2010 werden gegenüber 2005 im Ergebnis 6.915 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen worden
52 sein. Wir halten indes an unserer ursprünglichen Forderung fest: Wir wollen also **bis 2015 weitere**
53 **1.000 zusätzliche Lehrerstellen** schaffen.

54
55 Diese Personalverstärkung ist auch notwendig, um die Ganztagsangebote an weiterführenden
56 Schulen weiterzuentwickeln und die Qualität der Lehrerweiterbildung deutlich zu verbessern.

1 Hochwertige und verlässliche **Ganztagsangebote an allen Schulformen** der Sekundarstufe I sind
2 ein wesentlicher Beitrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben, zur Integration und zur
3 Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen und Schüler. Die Koalition aus FDP und Union wird in
4 dieser Legislaturperiode 250 Ganztags Hauptschulen mit erweitertem Stellenzuschlag sowie
5 insgesamt 216 Ganztagsrealschulen und -gymnasien geschaffen haben. Unser Ziel ist es,
6 mittelfristig **Schülern an allen Schulformen einen verlässlichen Ganztagesplatz anbieten** zu
7 können. Dazu ist bis 2015 insbesondere der Ausbau der Ganztagsgymnasien und –realschulen zu
8 forcieren.

9
10 Vielerorts befinden sich Schulgebäude und Sachausstattung in einem beklagenswerten Zustand.
11 Wir wollen deshalb in Abhängigkeit von der Konsolidierung der Landesfinanzen zusätzlich zur
12 Bildungspauschale ein **Landesprogramm zur Verbesserung der räumlichen und technischen**
13 **Infrastruktur** der Schulen konzipieren: Die FDP will insbesondere sicherstellen, dass alle
14 Schülerinnen und Schüler Zugang zu **modernsten Fachräumen für den Unterricht in**
15 **Naturwissenschaften, Technik und Informatik** erhalten. Dafür wollen wir auch
16 Kooperationsmöglichkeiten mit der Wirtschaft verbessern.

17 18 **2. Mehr Freiheit für Bildungseinrichtungen**

19
20 Die FDP will die pädagogische, personelle und finanzielle Autonomie und damit die Qualität der
21 Schulen durch ein „**Schulfreiheitsgesetz**“ nach dem Vorbild unseres liberalen
22 Hochschulfreiheitsgesetzes erhöhen. Das im Aufbau befindliche Qualitätsmanagement kann
23 Schulen im Wettbewerb mehr Gestaltungsfreiheit einräumen, optimale Fördervoraussetzungen für
24 die ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Wir werden die rechtlichen und
25 fachlichen Möglichkeiten prüfen, allen Schulen budgetierte Mittel zur eigenen Bewirtschaftung für
26 Personal und Sachkosten zur Verfügung zu stellen. Das Budget speist sich in diesem Modell aus
27 staatlichen und kommunalen Mitteln auf der Basis der durchschnittlichen Kosten pro Schüler der
28 jeweiligen Schulform. Die heute schon immer mehr verschwimmende und überkommene Grenze
29 von inneren und äußeren Schulangelegenheiten überwinden wir damit. Diese
30 **Finanzierungsfreiheit** erlaubt rasche und unbürokratische Schwerpunktbildungen in Hinsicht auf
31 das Schulprofil und die konkreten Bedürfnisse vor Ort und geht einher mit der dezentralen
32 **Personalfreiheit** der einzelnen Schule, ihre Lehrer – auch losgelöst vom bisherigen Beamtenrecht
33 – nach eigenen Kriterien auszuwählen, nötigenfalls Zeitverträge abzuschließen,
34 leistungsabhängige Zulagen zu gewähren und das Lehrerkollegium durch andere Professionen zu
35 ergänzen. Damit könnten die öffentlichen Schulen die gleichen Freiheiten erhalten, über die
36 Privatschulen und viele Schulsysteme im Ausland bereits heute erfolgreich verfügen.

37
38 Die Leistungsfähigkeit der Schulen wird heute mittels externer Evaluation durch die
39 Schulinspektion, mit Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten sowie vor allem durch
40 mindestens teilzentrale Aufgabenstellungen in den Prüfungen bei Schulabschlüssen
41 (Mittelstufenprüfung und Abitur) sichergestellt. Wir fordern ferner ein **veröffentlichtes**
42 **Schulranking**, das Qualitäten und Erfordernisse aufzeigen und einen weiteren Motivationsschub
43 einleiten soll.

44
45 Ersatz- und Ergänzungsschulen bereichern die Schullandschaft vielfach durch innovative
46 pädagogische Ansätze, und sie erweitern die Wahlmöglichkeiten der Eltern. Schon heute besteht
47 eine steigende Nachfrage. Deshalb sprechen sich die Freien Demokraten für eine
48 **Privatschulinitiative** aus: Land und Kommunen sollten interessierte private Träger durch aktive
49 Beratung im Gründungsprozess und andere Maßnahmen unterstützen. Auf diese Weise können
50 private Verantwortungsgemeinschaften gestärkt werden.

51
52 Die FDP fordert den flächendeckenden Einsatz von **Schulverwaltungsassistenten** zur
53 bürokratischen Entlastung der Schulleitungen und zur Befreiung der Lehrkräfte von nicht-
54 pädagogischen Aufgaben. Die entsprechenden Verwaltungsmitarbeiter dürfen nicht auf den
55 Lehrkörper angerechnet werden.

3. Qualität des Gymnasiums sichern

Die Schülerzahl der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die Quote der Schülerinnen und Schüler, die nach der Grundschule in den gymnasialen Bildungsgang wechseln wollen, steigt nach wie vor. Damit wachsen die Anforderungen an diese Schulform, ihre Qualität unter veränderten Rahmenbedingungen zu behaupten.

Die Freien Demokraten wollen das **Gymnasium stärken** und seinen Charakter als Vorbereitung auf eine Hochschulausbildung betonen. Wir wollen dazu zum einen den begonnenen Ausbau von Ganztagsangeboten an den G8-Gymnasien forcieren (siehe oben). Zum anderen stehen wir weiter zu der im Schulgesetz fixierten leistungsorientierten Reform der gymnasialen Oberstufe.

Die Gruppe der Gymnasiasten ist gewachsen, die keine akademische Ausbildung anstreben, aber keine Alternative mehr in anderen, stärker beruflich orientierten Schulformen sehen. Deshalb müssen die Qualität und damit die **Attraktivität der Angebote außerhalb des Gymnasiums** weiter verbessert werden. Diesem Ziel dienen unter anderem die von uns in Regierungsverantwortung realisierten Qualitätsmaßnahmen für die Haupt-, Real- und Gesamtschulen, die von uns angestrebten neuen Handlungsmöglichkeiten für die Weiterentwicklung der regionalen Schulautonomie (siehe unten) und die Profilierung berufsgymnasialer Angebote. Wir fordern ferner eine grundlegende Neuausrichtung der Schnittstellen und Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen und Schulformen sowie die rechtliche Flexibilisierung von Zugangsvoraussetzungen, insbesondere im zweiten Bildungsweg, und die erleichterte Hochschulzulassung für beruflich Qualifizierte. Keine Bildungslaufbahn darf in einer Sackgasse enden.

Die sich in Folge der höheren Übergangsquote heute stärker als früher unterscheidenden Bedürfnisse und Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler machen eine **Weiterentwicklung der Förderbedingungen am Gymnasium** erforderlich. Wir wollen eine individuellere Förderung durch eine Verkleinerung der Klassen. Wir fordern zudem den Einsatz von fachlich geeigneten Persönlichkeiten in Verantwortung der einzelnen Schule, die Lehrer für Einzelförderung oder Alltagsaufgaben entlasten. In Abhängigkeit von der Haushaltskonsolidierung des Landes prüfen wir ergänzend, ob und welche außerunterrichtlichen Förderangebote und Qualitätssteigerungen durch eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer erreichbar wären.

Häufiger als bisher muss den besonders interessierten und begabten Schülerinnen und Schülern eine **Individualisierung ihrer gymnasialen Schullaufbahn** durch den generellen Wechsel in eine andere Jahrgangsstufe, die nur fachbezogene Teilnahme am Unterricht höherer Klassen (so genannte „Drehtürmodelle“) oder das fachbezogene Frühstudium statt Fachunterricht eröffnet werden.

4. Regionale Schulautonomie erhöhen

Die FDP will **das differenzierte, begabungsgerechte Bildungssystem weiterentwickeln**. Der demographische Wandel und der veränderte Elternwille führen dazu, dass sich die Rahmenbedingungen für das weiterführende Schulwesen regional immer stärker unterscheiden werden. Wir wollen auf diese Entwicklung mit der Erweiterung der Entscheidungsfreiheit vor Ort und durch **neue Möglichkeiten antworten, eine für die örtlichen Gegebenheiten und Wünsche passgenaue Schulstruktur** zu entwickeln.

Damit grenzen wir uns von Bildungskonservativen ab, die sich verändernde Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Zugleich wenden wir uns gegen all diejenigen, die sinkende Schülerzahlen und Bildungsstudien nur vorgeben, um in Wahrheit egalitäre gesellschaftspolitische Vorstellungen durch ein Einheitsschulsystem anzustreben, das nicht zur deutschen Bildungstradition passt, das pädagogisch einem gegliederten Schulsystem unterlegen ist, das

1 immense Umstellungskosten verursachen sowie Eltern, Lehrer, Hochschulen und Wirtschaft über
2 eine ganze Generation zutiefst verunsichern würde.

3
4 Die FDP will neue **Modelle der organisatorischen und pädagogischen Zusammenführung**
5 **von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zulassen**, wenn die Gremien der beteiligten Schulen und
6 ihre Träger entsprechende Beschlüsse fassen. Dies bedeutet zugleich, dass wir heute erfolgreich
7 arbeitende und demographiefeste Schullandschaften nicht in Frage stellen. Diese Schulform
8 neuen Typs soll im Sinne einer **differenzierten Regionalschule („regionale Mittelschule“)** auch
9 bei sinkenden Schülerzahlen das Angebot äußerlich differenzierter Bildungsgänge und den
10 Zugang zu mittleren Abschlüssen mit hohem qualitativen Anspruch garantieren. Geeignete Schüler
11 können im Anschluss die Fachhochschul- oder die allgemeine Hochschulreife erwerben. Damit
12 möglichst viele Schüler einen möglichst hohen Bildungsabschluss erreichen können, wollen wir
13 institutionelle Barrieren abbauen und hierzu unter anderem Kooperationen mit (berufs-
14)gymnasialen Oberstufen stärken.

15
16 Wir werden die im Schulgesetz bestehenden Möglichkeiten zur Einrichtung von Schulverbänden
17 für dieses Ziel konzeptionell und in ihrer Anwendungsbreite weiterentwickeln, beispielsweise
18 indem auf den besonderen Genehmigungsvorbehalt der Landesregierung verzichtet wird.

19 20 **5. Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer verbessern**

21
22 Die Freien Demokraten haben die **Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer neu**
23 **gestaltet**. Wir werden Studierenden im Rahmen eines konsekutiven Studiengangs mit Bachelor-
24 und Masterabschluss frühzeitig Praxiserfahrungen vermitteln und ihre pädagogischen
25 Kompetenzen stärken. Dabei wird die Fachlichkeit nicht vernachlässigt. Das Lehramt für die
26 Grundschulen wird im Zuge dessen aufgewertet. Die Kompetenz der Hochschulen bei Konzeption
27 und Angebot der entsprechenden Studiengänge haben wir im Rahmen notwendiger staatliche
28 Rahmensetzungen und Zielvereinbarungen ausgebaut.

29
30 Bislang betragen die Investitionen in die Lehrerfortbildung nicht einmal 0,5 Prozent des gesamten
31 Personalbudgets für den Schulbereich. Die Mittel für die **Weiterbildung von Lehrerinnen und**
32 **Lehrern müssen schrittweise auf einen 1,5-prozentigen Anteil erhöht** werden. Eine deutliche
33 Steigerung wissenschaftlich begleiteter Weiterbildungsangebote braucht ein entsprechendes
34 Anreizsystem, ähnlich dem Punktesystem für die Weiterbildung von Medizinern. Neben
35 unterrichtsbegleitenden Maßnahmen fordern wir die **Einführung eines Fortbildungssemesters**.
36 Spätestens alle zehn Jahre soll es jeder Lehrerin und jedem Lehrer ermöglicht werden, sich ein
37 halbes Jahr in den Ausbildungszentren der Hochschulen fortzubilden, sich mit der neuesten
38 Fachdidaktik vertraut zu machen und neue Impulse für den Unterricht zu erhalten. Umgekehrt
39 ermöglicht dieser Austausch einen näheren Praxisbezug für die sich im Lehramtstudium
40 befindlichen Studierenden. Für Schulleitungen müssen spezielle Weiterqualifikationsmaßnahmen
41 entwickelt werden.

42 43 **6. Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Förderung**

44
45 Das Bewusstsein für die Bedeutung der frühen Kindheit für das lebenslange Lernen ist
46 gewachsen. Mit dem Kinderbildungsgesetz („KiBiz“) ist der Koalition ein wichtiger Schritt zum
47 Ausbau des Platzangebotes für unter Dreijährige gelungen. Auf Initiative der FDP wird
48 beispielsweise im Kindergartenjahr 2010/2011 ein Rechtsanspruch ab dem vollendeten zweiten
49 Lebensjahr eingeführt. Die FDP macht sich nunmehr für eine **Qualitätsoffensive in der**
50 **frühkindlichen Förderung** stark.

51
52 Mit dem Kinderbildungsgesetz ist der Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen präzisiert und
53 die Zusammenarbeit mit den Grundschulen verbindlicher geregelt worden. Die Sprachförderung
54 wurde erheblich intensiviert. Bereits seit einigen Jahren liegen weitere Materialien vor, die auf
55 Basis der pädagogischen Freiheit der Kindertagesträger Mindeststandards und Empfehlungen
56 beschreiben („Bildungsvereinbarung“ und „Schulfähigkeitsprofil“). Die Freien Demokraten fordern,

1 diese Einzelbestimmungen sowie die grundlegenden Curricula der Grundschule in einem „**offenen**
2 **Bildungskonzept 0-10**“ zusammenzuführen. Wir wollen so Elementar- und Primarbereich weiter
3 verzahnen und aufwerten, einen klaren Erwartungshorizont bis zum Ende des gemeinsamen
4 Unterrichts aller Kinder in Klasse 4 formulieren und Eltern wie allen anderen am Werdegang der
5 Kinder Beteiligten damit eine Orientierungshilfe für ihre jeweiligen Bemühungen bieten.

6
7 Der Umgang mit den unterschiedlichen Interessen und Neigungen, Begabungen und
8 Beeinträchtigungen stellt die Erzieherinnen und Erzieher täglich vor große Herausforderungen.
9 Zugleich sind die Anforderungen an die Managementfähigkeiten der KiTa-Leitungen gestiegen.
10 Die Qualifizierung des Fach- sowie Führungspersonals in den Kindertageseinrichtungen ist
11 deshalb eine bildungspolitische Schlüsselaufgabe. Vor diesem Hintergrund hatten sich FDP und
12 CDU auf Initiative der Liberalen bereits im Koalitionsvertrag insbesondere auf das Ziel verständigt,
13 die Qualifikation der Leitungspositionen in Kindertageseinrichtungen aufzuwerten. Seitdem haben
14 sieben Hochschulen in Nordrhein-Westfalen Studiengänge zur Elementarbildung eingerichtet. Die
15 FDP strebt an, dass bis 2015 ein **Hochschulstudium der Sozialpädagogik der frühen Kindheit**
16 oder eine vergleichbare Qualifikation (zum Beispiel langjährige Berufspraxis in Verbindung mit
17 nachgewiesenen Weiterbildungsmaßnahmen) die Regel für die Leitung einer
18 Kindertageseinrichtung ist.

19
20 Nach den bisherigen Plänen der Koalition sollen sich 3.000 Kindertageseinrichtungen bis 2012 als
21 „**Familienzentren**“ zu Knotenpunkten des die Familien unterstützenden sozialen Netzes
22 weiterentwickeln können. Dieser Qualitätsentwicklungsprozess hat neue Kooperationen etabliert
23 und Kreativität freigesetzt. Deshalb wollen die Freien Demokraten allen Kindertageseinrichtungen,
24 die dies wünschen, die Entwicklung zu einem Familienzentrum eröffnen. Wir streben an, dass
25 jeder zweite Kindergarten ein Familienzentrum wird.

26
27 Der Kindergartenbesuch vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr ist inzwischen die erste
28 Regelstation einer jeden Bildungsbiographie. Deshalb bekräftigen die Freien Demokraten ihr Ziel,
29 spätestens in der kommenden Legislaturperiode im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung
30 auf einen **Elternbeitrag** zu verzichten. Dadurch würden die durch die Steuer- und Abgabepolitik
31 der Großen Koalition in besonderer Weise belasteten Familien mit mittleren Einkommen, die
32 unsere Gesellschaft durch ihre Leistungsbereitschaft tragen, endlich entlastet.

33
34 Zu einem pluralen Angebot zur Bildung und Betreuung kleiner Kinder gehören neben den frei-
35 gemeinnützigen auch **privat-gewerbliche Träger**. Sie können zusätzliche Leistungen oder
36 Qualitäten bieten und ergänzen die bestehende Einrichtungslandschaft. Das Kinderbildungsgesetz
37 hat diese Kindertageseinrichtungen zwar erstmals in seinen Regelungsbereich aufgenommen,
38 aber eine finanzielle Förderung ausgeschlossen. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein,
39 Kommunen die Option einzuräumen, auch privat-gewerbliche Träger von
40 Kindertageseinrichtungen finanziell wie frei-gemeinnützige Träger zu fördern, wenn sie den
41 gleichen Qualitätsstandards genügen.